

Dieses Menschenrecht braucht Fürsprecher

Deutschland leistet sich einen Beauftragten für Religionsfreiheit – noch. Mit den Sparplänen der neuen Bundesregierung könnte der Posten wegfallen. Es wäre weit mehr als ein symbolischer Verlust

Von Katja Dorothea Buck

Es gibt sie für Datenschutz, Drogenfragen, Tierschutz und vieles andere mehr. Insgesamt 43 Sonderbeauftragte leistet sich die Bundesrepublik. Doch im Wahlkampf hat Friedrich Merz angekündigt, dass es künftig nur noch »höchstens fünf« geben solle. Welche Themen aussortiert, welche bleiben werden, ist offen. Antisemitismus, Bundeswehr und Migration gelten aber als gesetzt. Religionsfreiheit hat es dagegen schwerer. Ein Fürsprecher für dieses universelle Menschenrecht gilt im politischen Berlin als »nice to have«. Kann man machen, muss man aber nicht.

Eingeführt hat das Amt des Religionsfreiheitsbeauftragten der Bundesregierung die große Koalition vor acht Jahren. Die CDU wollte ein Zeichen setzen gegen die weltweite Christenverfolgung. Die SPD forderte im Gegenzug die Zustimmung zum Lieferkettengesetz. So wurde Markus Grübel (CDU), ein praktizierender Katholik, 2018 der erste Religionsfreiheitsbeauftragte Deutschlands. Er kümmerte sich wie erwartet schwerpunktmäßig um verfolgte Christen.

Die Ampelregierung sah keine Notwendigkeit, die Zahl der Beauftragten zu reduzieren, und führte das Amt weiter. 2022 wurde Frank Schwabe berufen, ein Sozialdemokrat, Protestant und seit Jahren aktiv in der Menschenrechtsarbeit. Auch er setzte sich für verfolgte Christen ein, verstand aber seinen Auftrag in einem weiteren Sinn, denn das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit, wie es vollständig heißt, umfasst deutlich mehr.

Schwabe fuhr immer wieder in den Irak – jahrtausendealtes Siedlungsgebiet von verschiedenen Religionen, die heute noch in kleinen, aber schwindenden Minderheiten präsent sind. Neben den Christen sind das vor allem Zoroastrier, Mandäer und Jesiden, die es im Irak schwer haben. Dass Deutschland heute international Vorreiter bei Aufbauprogrammen für Jesiden im Irak ist, ist auch Schwabe zu verdanken.

Pionierarbeit haben Schwabe und sein Team beim Thema indigene Völker und Religionsfreiheit geleistet. Dass indigene Vorstellungen der Natur nicht nur irgend-



Seinen Job gibt es wohl bald nicht mehr: Frank Schwabe, Beauftragter für Religionsfreiheit

eine Lebensweise sind, sondern auch ohne heilige Schriften als Religion gelten, setzt sich erst langsam im internationalen Diskurs durch und hat Folgen für all jene, die an die Rohstoffe in den Siedlungsgebieten indigener Völker rankommen wollen. Natur und Umwelt zu zerstören verletzt demnach ein universelles Menschenrecht.

Bemerkenswert ist, wie Schwabe bewusst auf diejenigen zugeht, die Religion kritisch gegenüberstehen und in der Religionsfreiheit fälschlicherweise ein Instrument sehen, mit dem sich Institutionen wie die Kirchen vor allem Privilegien absichern lassen. Erst kürzlich brachte sein Team ein kleines Heft heraus, in dem es nur um Weltanschauungsfreiheit und die Rechte derjenigen geht, die mit Gott nicht viel am Hut haben. Die Humanistische Union soll sich sehr angetan dazu geäußert haben.

Was würde fehlen, wenn das Amt des Religionsfreiheitsbeauftragten wegfiel? Die Bundesregierung würde sich eine Möglichkeit nehmen, außenpolitisch Akzente zu setzen. Denn es macht mehr Eindruck, wenn nicht nur der deutsche Botschafter vor Ort, sondern ein von der Bundesregierung dazu Beauftragter nach Baku, Bagdad oder Lagos reist, um nach Men-

schen zu fragen, die unter der Verletzung ihrer Religionsfreiheit leiden, wie zum Beispiel Mubarak Bala. Der Präsident der Humanistischen Vereinigung Nigerias war 2022 zu 24 Jahren Haft verurteilt worden, weil er bekennender Atheist ist. In Nigeria gilt das als Blasphemie. Schwabe hat immer wieder bei der Regierung in Lagos interveniert. Im August 2024 kam Bala frei. International kann man damit punkten. Und das für wenig Geld. 2500 Euro monatlich bekommt ein Beauftragter zusätzlich.

Hierzulande mögen viele gut ohne Religion auskommen. Weltweit aber stehen Milliarden Menschen morgens mit einem Gott auf und legen sich abends mit ihm wieder schlafen. Ihre Freiheit, so zu leben, wird an immer mehr Orten von autoritären Regimen und extremistischen Bewegungen eingeschränkt – ebenso wie die Freiheit derer, die entgegen einer vorherrschenden Doktrin keiner Religion angehören. Wenn nicht freie Demokratien sich für Religionsfreiheit weltweit einsetzen, wer soll es dann tun?

Katja Dorothea Buck ist Religionswissenschaftlerin und Journalistin.